Juncker

GEERT VANDEN WIJNGAERT / AP / DPA

EU-Defizitverfahren

Rüffel für Juncker

Rechtsdienst kritisiert Rücksicht auf Spanien.

Die EU-Kommission hat einen ungewöhnlichen Rüffel durch ein Rechtsgutachten des Europäischen Rates erhalten. Die Juristen monieren, dass der Rat einer Verlängerung der Fristen, bis zu der Spanien und Portugal ihre Haushaltsdefizite in den Griff bekommen müssen, in der vorliegenden Form nicht zustimmen könne. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte unlängst persönlich durchgesetzt, dass die beiden Länder ein Jahr länger Zeit bekommen, um ihre Haushaltsdefizite auf unter drei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts zu verringern. Sowohl Spanien als auch Portugal hätten diese Auflagen im Rahmen des „Übermäßigen Defizitverfahrens" (EDP) erhalten, heißt es in dem Gutachten vom 31. Mai, „Fristen für dortige Korrekturen können nur im Rahmen von EDP verändert werden". Die EU-Kommission will die Fristverlängerung aber über das weniger strikte „Stabilitäts- und Konvergenzprogramm" abwickeln. Der Wortlaut für die Entscheidung, die die europäischen Regierungschefs am 28. Juni absegnen sollen, müsse zumindest dahingehend geändert werden, dass die Autonomie des Rates bei der eigentlichen EDP-Entscheidung betont werde, mahnen die Juristen. mp, pau

Bilfinger

Unverhoffte Harmonie

Der umstrittene Verkauf des Kerngeschäfts des Mannheimer Bau- und Dienstleistungskonzerns Bilfinger ging Ende der Woche deutlich schneller und harmonischer über die Bühne als erwartet. Obwohl noch auf der Hauptversammlung am 11. Mai Aktionäre teils heftige Kritik an dem Vorhaben geäußert hatten, gab es bei der Aufsichtsratssitzung am Donnerstag eine Mehrheit für die Veräußerung der Hochbau- und Gebäudeservicesparte an den schwedischen Finanzinvestor EQT. Chefaufseher Eckhard Cordes musste nach Angaben von Vertrauten nicht einmal von seinem Doppelstimmrecht Gebrauch machen. Befördert wurde der positive Ausgang offenbar auch durch eine Erklärung, die der Vorstand im Umfeld der Sitzung formuliert und den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären übermittelt hatte. Darin versichert die Firmenleitung, die Einnahmen aus dem Verkauf „mindestens für die nächsten drei Jahre" zu behalten und bevorzugt zur Stärkung der verbliebenen Industriesparte zu verwenden – also nicht an die Anteilseigner und den Finanzinvestor Cevian als Großaktionär auszuschütten. „Betriebsbedingte Kündigungen", heißt es an anderer Stelle, „werden vermieden." Sollte am Ende noch Geld übrig bleiben, wird den Mitarbeitern sogar ein „Sonderbonus" in Aussicht gestellt. Auch wann der neue Chef kommt, steht nach Aussagen von Insidern inzwischen fest: Der Linde-Manager Thomas Blades soll am 1. Juli anfangen. did